

Besteht alle 14 Tage.
Wochenspreis
1,80 RM.
In bester im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 66, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 16 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 33/34

Berlin, den 21. August 1931

42. Jahrg.

Fernsprekamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 66, Greifswalderstr. 222. Samtl. Verbindungen an H. Schumacher, Berlin NO 66, Greifswalderstr. 222. Postfach 2222 beim Postspekamt Berlin NW 7

Fernsprekamt
Alexander 4719

Gefahr im Verzuge.

Die Verhältnisse zwingen dazu, daß wir uns mehr als wie es sonst unsere Art war, mit politischen Fragen beschäftigen müssen. Aber die Gegenwart zeigt uns, daß sich Politik und Wirtschaft in einer derart innigen Verbindung befinden, daß keine Stelle, die zur Stellungnahme zu wirtschaftlichen Fragen verpflichtet ist, an den politischen Geschehnissen einfach vorbeiziehen kann. Politik und Wirtschaft hängen so voneinander ab, daß sie nicht mehr trennbar sind.

Außen- und innenpolitisch hat sich der Horizont noch keineswegs so erweitert, daß wir mit einiger Beruhigung in die Zukunft blicken könnten. Im Gegenteil, immer neue Probleme tun sich auf, die die ungeheuerlichsten Gefahren für die Volksmassen Deutschlands in ihrem Schoße bergen, und über deren Lösungsmöglichkeiten die Ansichten weit auseinandergehen.

Auf den ersten Blick sieht es ja so aus, als ob z. B. der deutschen Wirtschaft durch die politischen Verhandlungen mit den maßgebenden Kapitalländern der Welt eine bedeutende Erleichterung geschaffen worden wäre. Die Nachverhandlungen in London über das „Hooverjahr“ sind beendet u. das Schlußprotokoll ist unterzeichnet. Danach ist Deutschland für ein Jahr von den Reparationslasten befreit, muß aber die Zinsen für die Dawes- und Younganleihe und verschiedene andere kleinere Posten weiter zahlen, so daß die Entlastung Deutschlands für dies eine Jahr 1.593.676.278 Mark beträgt. Dieser Betrag wird bis zum 1. Juli 1933 zinslos aufgeschoben und von da in zehn Jahreszahlungen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von etwa 3 Prozent zurückgezahlt.

Ueber das, was nach dem einen Jahr nun werden soll, durfte nicht gesprochen werden. Dabei ist die ganze Welt sich klar darüber, daß Deutschland auch in der Zukunft die Reparationsverpflichtungen nach dem Youngplan nicht leisten kann, zumal die Jahresraten sich noch durch die Rückzahlung des nur gestundeten diesjährigen Betrages erhöhen. Also man weiß, daß eine andere Regelung kommen muß, getraut sich aber nicht darüber jetzt schon zu reden, weil Frankreich eine Erörterung hierüber nicht zuläßt. Die Eingeweihten wissen ja, daß Frankreich mit seiner sturen Haltung bezweckt, wenigstens den gefährlichsten Teil der Reparationen, welcher ungefähr 40 Prozent der Gesamtsumme beträgt, zu retten.

Inzwischen hat sich auch das Stillhaltekonjunktium dahin verständigt, daß die noch in Deutschland verbliebenen kurzfristigen Kredite auf 6 Monate untlindbar sein sollen. Die Banken der maßgebenden Länder haben sich dem gefügt, so daß von dieser Seite aus die Gefahr für ein halbes Jahr gebannt ist. Inzwischen hofft man diese kurzfristigen Kredite in langfristige umwandeln zu können, denn die deutschen Banken werden auch nach dieser Schonfrist nicht in der Lage sein, die ganzen Kredite auf einem Brett zurückzuzahlen. Das könnten übrigens die Banken jedes anderen Landes auch nicht, das haben wir ja jetzt an England gesehen.

Die Hoffnungen also, daß die vielen Versuche der Reichsregierung, zu einer festen langfristigen Milliardenanleihe zu kommen, um dem deutschen Wirtschaftskörper wieder Blut zuzuführen, haben sich bisher nicht erfüllt. Dafür hat die Regierung genügend freundliche Ratschläge eingeholt. Der hauptsächlichste hierunter ist: Deutschland muß sich zunächst selbst helfen, und wenn die Welt hierin Erfolge sieht, dann wird auch das Vertrauen der ausländischen Geldgeber wieder zurückkehren.

Diese Ratschläge der ausländischen Mächte haben nun in Deutschland sofort ein neues Schlagwort gezeitigt, das Wort von der „nationalen Selbsthilfe“. Es flattert durch alle Tageszeitungen, hat sich den Kundstübchen erobert und wird in allen Versammlungen in Stadt und Land nach allen Himmelsrichtungen ausgelegt. Nur muß man leider, wie immer, die betrübliche Erfahrung machen, daß jeder Interessentenpausen sich eine andere Variante des Begriffes „nationale Selbsthilfe“ zurechtlegt.

Die Agrarier wollen aus ihm alte, bei ihnen sehr beliebte Klänge aus der Kriegs- und Inflationszeit heraushören. Wie schön wäre es doch, wenn unter der Parole „nationale Selbsthilfe“ die Grenzen gegen die Einfuhr agrarischer Produkte wieder gesperrt werden könnten? Wenn Kartoffeln wieder Teilkaffees, Kohlräben wieder amilich und ärztlich empfohlenes Hauptnahrungsmittel, Buchenlaub wieder Pflanzensutter und Brennesseln wieder Anzuchtstoffe würden? Das wäre nach Auffassung unserer Herren Großagrarien eine nationale Tat, nationale Wirtschaft. Die Taschen der Agrarier würden sich füllen und die offiziellen Liebesgaben der Reichsregierung könnten dann weggelassen, die weil die geliebten Städter dann schon von ganz allein ihr Geld auf Hamsterfahrten auf die Güter tragen würden.

Aus einem anderen Gesichtswinkel betrachten die Gewaltigen der Industrie dies liebe Wort von der „nationalen Selbsthilfe“. Für sie ist es der Schlachtruf „zur Entfesselung der freien Kräfte“ und „Beseitigung aller hemmenden Bindungen.“ Allerdings nicht der „freien Kräfte“ und „hemmenden Bindungen“ unter sich, sondern nur, soweit das Verhältnis zur Arbeitnehmerseite in Betracht kommt. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände stellt ja nicht erst seit heute zwei Forderungen auf: 1) die Beseitigung der Unabhängigkeit der Tarifverträge, 2) die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und Ersetzung derselben durch eine Reichsarbeitslosenfürsorge. Aber nach der Prägung des neuen Wortes von der nationalen Selbsthilfe werden diese beiden Forderungen in verschärfter Weise propagiert. Die Arbeitgeber wollen, daß in allen Betrieben, wo die Mehrzahl der Arbeitnehmer sich mit einem ansehnlichen Lohn an Stelle des Tariflohns tritt, auch dann, wenn der Tarif für allgemein verbindlich erklärt ist. Wenn die Reichsregierung diesem Wunsch der Arbeitgeber durch eine Notverordnung nachkommen sollte, dann können wir unsere ganzen Tarife für eine unabsehbare spätere Zeit einwerfen, denn in dieser hundsmiserablen Zeit dürfte es keinem Betriebsinhaber allzuschwer fallen, unter der Geißel des Hungers die Arbeitnehmer zu einer „freiwilligen“ anderweitigen Regelung des Lohnes zu zwingen. Wir hoffen aber, daß die Reichsregierung diesen Wünschen der Vereinigung der Arbeitgeberverbände nicht nachkommen wird, denn wenn die Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen und der Grundsatz der Unabhängigkeit des Tarifes in Zeiten der Hochkonjunktur als Fesseln gegen etwaige überschäumende Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmer aufrecht erhalten wurden, dann dürfen sie jetzt nicht fallen, wo die Arbeitgeber die Konjunktur in wahrhaftigster Weise für ihre Eigeninteressen ausnützen wollen. Wir hörten in einer Versammlung einen Diskussionsredner sagen, daß, wenn die Regierung den Arbeitgebern einen derartigen Liebesdienst erweisen würde, die Gewerkschaften die Regierung hinwegjagen müßte, mit den gleichen Mitteln, die gegenüber dem Kappregierung zum Ziele führten. Wir wollen in dieser so bitteren Zeit die Situation nicht durch übermäßig starke Worte und Drohungen verschärfen, aber die Ausführung zeigt doch, wie es in der Arbeiterschaft gärt und wie sich die Erbitterung in die Herzen fröhrt. Der das sagte, war kein Phrasendrescher, kein unüberlegter Hitzkopf, sondern ein ruhiger, alter und äußerst bejonnener Gewerksvereiner. So mag sich die Regierung warnen lassen, den Sirenenklängen der Arbeitgeber Folge zu leisten. Die Ernte, die aus solcher Saat hervorging, könnte graufig sein.

Auf dem gleichen Boden bewegt sich die zweite Forderung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, der Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und Ersetzung derselben durch eine Reichsarbeitslosenfürsorge. Man will ja beiseite nicht die Arbeitslosen verhungern lassen, o nein, man will aber nur dem Unterstützung geben, der bedürftig ist und will die Zurückzahlungsfrist der Unterstützung stabilisieren. In Wirklichkeit braucht man diesen Raub der Arbeitslosenversicherung, um die Subsidiarität der Arbeitgeber leichter durchzuführen zu können. Je größer die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen ist, desto schneller und sicherer läßt sich das Mitbestimmungs-

recht der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen beseitigen. Ein gar teuflischer Plan, aber herrlich umrahmt und verbrämt durch das neue Schlagwort von der „nationalen Selbsthilfe“. Es ist ein Jammer, daß das Wort „national“ so oft und so furchtbar mißbraucht wird; kein Wunder, wenn es in weitesten Kreisen in Mißkredit kommt.

Umso trauriger ist es, wenn Kreise den Arbeitgeberbestrebungen zu Hilfe kommen, von denen man es eigentlich nicht erwarten dürfte. Wir meinen das Sanierungsprogramm welches der deutsche Städtetag in diesen Tagen der Reichsregierung und der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß sich die meisten Kommunen infolge der riesig gewachsenen Wohlfahrtslasten in allerhöchster Not befinden und ein Teil vor dem direkten Bankrott steht. Aber noch niemand, auch die Städte selbst, hat behauptet, daß diese verzweifelte Lage durch zu hohe Löhne der Arbeiter und Angestellten entstanden ist. Auch der Städtetag betont das, die Finanzen der Gemeinden seien an sich gesund und wären nur zerrüttet, durch das immer schnellere Anwachsen der Wohlfahrtslasten. Von 270 Millionen im Jahre 1929 seien die Kosten für die Wohlfahrtsempfänger auf 605 Millionen im Jahre 1930 und auf 1040 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Für das laufende Jahr drohe dadurch ein Defizit von 800 Millionen Mark. Das Reich hat die ausgereicherten Erwerbslosen wohl den Gemeinden auf den Hals geschickt, kümmert sich aber nicht im geringsten darum, wie die Gemeinden damit fertig werden. Darum hat er mir die Forderung der Gemeinden an die „Selbsthilfe“ für voll und ganz berechtigt. Wenn Hunderte von Millionen für die „darbenenden“ Großagrarien und für die durch eigene Schuld verkrachten Banken und Großbetriebe vom Reich dahingegen werden, dann haben die Kommunen auch ein Recht zu der Forderung, daß das Reich ihnen die Lasten für die ausgereicherten Erwerbslosen abnimmt. Soweit also gehen wir mit den Forderungen der Kommunen einig, nicht aber mit dem weiteren Sanierungsprogramm. Die einzelnen Klassen der Volksschulen sollen härter belegt und der Unterricht der Kinder verkürzt werden. Dadurch hofft man Tausende von Lehrern einsparen zu können, wobei zu bedenken ist, daß schon heute Zehntausende von Junglehrern, die teilweise sich schon Ende der Dreißiger Jahre befinden, auf Anstellung warten. Die Finanzierung von Wohnungswarten durch die Hauszinssteuer soll ganz weggelassen, also noch weitere riesige Einschränkung der Pautätigkeit. Allerdings sag, die Denkschrift, daß Löhne und Gehälter nicht gekürzt werden dürften. Wenn aber bei den Gehältern und Löhnen doch noch gespart werden soll, müßte mit aller Entschiedenheit eine Senkung der Preise verlangt werden.

Nun, die Arbeitgeberseite wird aus dieser Verlautbarung nur den verschleierte Wunsch nach weiteren Lohnabbau herauslesen. Den Wunsch nach Preisentwertung wird man zur Kenntnis nehmen und ihn an gleicher wo. wollen er Weise behandeln, wie in der Lage der Zeit. Man wäre die Ausführungen des Städtetages mehr wie unvorsichtig. Ein weiterer Lohn- und Gehaltsabbau würde das Defizit der Städte nicht vermindern, sondern noch vergrößern, denn die Schwächung der Konsumkraft wirkt sich auch bei den städtischen Einnahmen in unheimlicher Weise aus.

So sehen wir auf der ganzen Linie den Druck auf den Löhnen — den Arbeitnehmer. Die Gefahr ist riesengroß, daß die deutsche Arbeiterschaft durch die unheimlichen Forderungen der wirtschaftlichen Beendigung eingeengt wird. Dieser Gefahr kann man nur entgegenwirken, wenn wir alle, aber auch alle Kräfte aufbieten, um für Mann und Frau für Frau und Kind die wirtschaftlichen Kampffront einrücken zu lassen. Das Sanierungsprogramm, der Erhaltung der Konsumkraft der Kaufkraft der breiten Massen, durch die der Markt belebt werden kann, die der Arbeiter zu treten. Wer jetzt noch beiseite steht, ist nicht wert, den Ehrennamen „nationaler Selbsthilfe“ zu tragen.

Der internationale Fortschritt der Sozialversicherung im Jahre 1930.

Die Idee der Sozialversicherung hat auch im Jahre 1930 in zahlreichen Ländern neue Fortschritte gemacht. Neue Sozialversicherungsträger wurden geschaffen, die bereits bestehenden Einrichtungen ausgebaut. Zwar ist die Wirtschaftskrise nicht ohne Einfluß auf den Fortschritt der Gesetzgebung und die Tätigkeit der Sozialversicherungsträger geblieben. Sie hat zu neuen Angriffen auf die Sozialpolitik geführt, hat in manchen Ländern das Tempo des Aufbaues verzögert, hat zur Vertagung der Beratungen wichtiger Gesetzesvorlagen geführt. Die Arbeitslosigkeit und die Lohnsenkungen hatten eine Verminderung des Beitragseingangs der Versicherungsträger zur Folge, während andererseits die notwendigen Ausgaben oft stark gestiegen sind.

Im Deutschen Reich hat die Sozialversicherung in Anbetracht der Wirtschaftskrise einen besonders schwierigen Stand gehabt. Die gesteigerten Anforderungen an die Sozialversicherungsträger und die allgemeine Finanznot haben zu einem gewissen Abbau der Versicherungsleistungen geführt, doch konnte auf der anderen Seite in den meisten Krankenkassen der Beitragssatz heruntergesetzt werden. Ein weiterer Fortschritt ist insofern zu verzeichnen, als in der Krankenversicherung die bisherige Freiwilligkeit der Familienhilfe durch Zwangsvorschriften ersetzt wurde.

Auch in Oesterreich trat die Wirtschaftskrise die Krankenkassen. Wesentliche Änderungen an der bisherigen gesetzlichen Regelung sind jedoch nicht vorgenommen worden. In Belgien konnte die Sozialversicherungsgesetzgebung ausgebaut werden. Der Anwendungsbereich der „Entschädigung bei Betriebsunfällen“ wurde durch Annahme eines neuen Gesetzes erweitert. Das gleiche gilt für die Gesetzgebung über Hinterbliebenen-, Alters- und Invalidenversicherung. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß in Kürze auch die Gesetzentwürfe über Kranken- und Invalidenversicherung im belgischen Parlament behandelt werden. In Dänemark hat die von der Regierung in Angriff genommene Vereinheitlichung der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Unfallversicherung wird weitgehend geändert, die Verwaltung vereinfacht. Ferner sollen bestimmte Berufskrankheiten als unfallentschädigungspflichtig anerkannt werden. In Frankreich ist im Jahre 1930 eine umfassende Sozialversicherungsgesetzgebung in Kraft getreten. Nach Berechnung des Arbeitsministeriums werden von dieser Sozialgesetzgebung 8500000 Arbeitnehmer erfaßt. In Großbritannien sind im Jahre 1931 keine wesentlichen Änderungen der Sozialversicherungsgesetze eingetreten. Unter Mitwirkung ausländischer Sachleute und unter Mitarbeit des Leiters der Sozialversicherungsabteilung des Internationalen Arbeitsamts wurde in Griechenland die Arbeit an dem Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Unfall-, Kranken-, Mutterschafts-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung fortgesetzt. Im Ministerium für Sozialpolitik und Gesundheitswesen in Jugoslawien ist nach Befragung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Sozialversicherungsgesetzes von 1922 ausgearbeitet worden. Es wird eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung angestrebt, auch die Leistungen sollen geändert werden. In den Niederlanden ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Dort wurde im Jahre 1930 die obligatorische Krankenversicherung eingeführt, die ohne große Schwierigkeiten in Kraft gesetzt werden konnte. Auch in Polen wird eine Vereinheitlichung der bestehenden Sozialversicherungsgesetze angestrebt. In der Schweiz steht der Kampf um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Vordergrund des Interesses. Es ist anzunehmen, daß in Kürze eine endgültige Entscheidung über ihre Durchführung getroffen wird. In Kanada hat die Bewegung zugunsten der obligatorischen Krankenversicherung an Boden gewonnen. Insbesondere in den Provinzen Britisch-Kolumbien und Alberta hat sie wesentliche Fortschritte gemacht. Die Sozialversicherung in Chile schreitet ebenfalls planmäßig voran. Die Zahl der Versicherten überstieg Anfang 1930 eine Million. In China wurde durch das neue Fabrikgesetz die Entschädigung bei Berufskrankheiten und bei Betriebsunfällen für alle Fabriken eingeführt, in denen wenigstens 30 Personen beschäftigt sind und Maschinen verwendet werden. In Kuba wurde die Sozialversicherung auf weitere Arbeitnehmergruppen ausgedehnt.

Von besonderem Interesse ist der Fortschritt der Gegenseitigkeitsverträge über Sozialversicherung zwischen den einzelnen Ländern. Diese Gegenseitigkeitsverträge betreffen entweder die gegenseitige Zusage der Gleichbehandlung und der Aufrechterhaltung der erworbenen Ansprüche, auch im Falle der Niederlassung im Ausland oder regeln darüber hinaus auch die Aufrechterhaltung der Anwartschaften zugunsten der beiderseitigen Staatsangehörigen. Zu der ersten Gruppe gehören die Übereinkommen zwischen Argentinien und Großbritannien (15. November 1930); zwischen Belgien und Frankreich (23. April 1930); zwischen Frankreich und Rumänien (28. Januar 1930) und zwischen Serbien und Litauen (24. November 1930). Die Übereinkommen zwischen Deutschland und Oesterreich jedoch (2. 2. 1930) sowie zwischen Frankreich u. Oesterreich

(27. Mai 1930) gewährleisteten den Versicherten die volle Aufrechterhaltung der in jedem der vertragschließenden Staaten erworbenen Anwartschaften.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß trotz der Krise eine Reihe von Ländern die internationalen Sozialversicherungsübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert haben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sozialversicherung in den verschiedenen Ländern der Welt trotz der großen Schwierigkeiten und der schweren Krisen nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist, sondern sogar in manchen Ländern bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat.

Der Haß der Unternehmer gegen die Gewerkschaften berechtigt

Die Lohn- und Tarifverhandlungen sind für die Gewerkschaftsführer z. B. alles andere als ein Vergnügen. Nicht nur deswegen, weil die Arbeitgeber Abbaumwünsche vortragen! Sie haben sich nun einmal in den Gedanken verankert, daß die Wirtschaftskrise nur durch Lohnabbau zu beheben sei und es bleibt den Gewerkschaftsvertretern ja nichts anderes übrig, als mit den Arbeitgebern über diese Frage zu diskutieren und immer wieder den Versuch zu machen, sie von der Unhaltbarkeit ihrer Auffassung zu überzeugen. Das erfordert natürlich Mühe und ist im allgemeinen auch nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Das starre Festhalten der Unternehmer an ihrer von uns als falsch betrachteten Wirtschaftsauffassung ist aber noch nicht das Moment, welches die Erbitterung in Arbeitnehmerkreisen zum Siedepunkt treibt. Sondern die Form und Art, in der die Arbeitgeber jetzt zu verhandeln belieben. Wer jetzt Gelegenheit hat, am Verhandlungstische den Arbeitgebern gegenüber zu sitzen, kann seine psychologischen Studien treiben. Gerade diejenigen Vertreter der Arbeitgeber, welche in Zeiten einer besseren Konjunktur gar nicht genug Höflichkeit und Vertraulichkeit im Verkehr mit den Vertretern der Arbeitnehmer an den Tag legen konnten, besleißigen sich jetzt einer umso schärferen Tonart. Jede Bemerkung der Arbeitnehmervertreter wird so grob wie möglich zurückgewiesen, jede Behauptung als falsch bezeichnet, und wenn man gar keine anderen Momente mehr findet, dann wird den Arbeitnehmervertretern schamlos jedes Verständnis in wirtschaftlichen Fragen und erst recht in Betriebsangelegenheiten abgeprochen. Und wie ein roter Faden zieht sich durch die Reden der Arbeitgebervertreter die Behauptung, daß die Arbeiter in den Betrieben gar nicht so schlimm seien, zu jeder Zeit Verständnis für die Notlage des Betriebes zeigten und auch gern bereit wären, einen billigeren Lohn mit dem Unternehmer zu vereinbaren, wenn sie nicht seitens der bösen Gewerkschaften und besonders deren Führer daran gewaltsam verhindert würden. Die Unternehmer belieben es mit aller Deutlichkeit für das ganze wirtschaftliche Elend in Deutschland die Gewerkschaften verantwortlich zu machen und der Haß gegen den organisierten Arbeiter hat bei der Mehrzahl der Unternehmer bereits groteske Formen angenommen. Wenn man am Verhandlungstische den Arbeitgebern gegenüber sitzt, oder irgend ein Organ eines beliebigen Unternehmerverbandes zur Hand nimmt, dann kann man mit Erschrecken feststellen, in welcher ungehemmten Form das Unternehmertum diesem Haß gegen die Gewerkschaften die Zügel schießen läßt.

Umso erfreulicher ist, daß jetzt endlich einmal ein bürgerlicher Sozialpolitiker und zwar der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Exzellenz von Rostiz, gegen diese Verheerung Stellung nimmt. In einer der letzten Nummern der „Sozialen Praxis“ stellt er in einem Artikel „Besinnung und Gerechtigkeit“ die drei Hauptparolen der Hege gegen die Gewerkschaften heraus. Die erste Parole der Unternehmer lautet: „Ursache und Schuld unserer ungeheueren Not ist, daß wir seit dem Krieg marxistisch regiert werden.“ Die zweite lautet: „Die Löhne dürfen nicht politisch bestimmt werden“ und die dritte: „Die Erreger der Wirtschaftsnot oder doch diejenigen, welche das Herauskommen aus ihr hindern, sind die Gewerkschaften.“

Diesen drei Punkten stellt nun v. Rostiz folgende Ausführungen gegenüber: Das Wesen der marxistischen Wirtschaftsordnung bestehe in einer durchgreifenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und eine solche habe nirgends stattgefunden. Der einzige Ansatz in dieser Richtung zur Vergesellschaftung der Bergwerke sei im Sand verlaufen. Daher könne man doch nicht von einer marxistischen Regierung reden. Die erste, größte und dauernde Ursache der Wirtschaftsnot sei der verlorene Weltkrieg mit allen seinen Folgen; aber diese einfache Wahrheit werde unbegreiflicherweise noch immer nicht allseitig erkannt. Eine „politische“ Bestimmung des Lohnes (Schlichtungsordnung) zu beiseitigen, sei schon deshalb unmöglich, weil die Arbeit doch keine bloße Ware sei. Die Volksgemeinschaft könne sich niemals an dem Lohn, von dem der Arbeiter lebt, desinteressieren. Im übrigen: gehe nicht durch die gesamte Wirtschaft das Streben, die Staatsmacht in den Dienst wirtschaftlicher Ziele zu stellen? Jeder Beruf und Stand fordere als etwas ganz Selbstverständliches, daß der Staat unter Umständen eingreift. Mit Recht; denn die Volksgemeinschaft sei die Zusammenfassung höherer Ordnung. Nichts anderes sei der Arbeiterschaft billig, da der Lohn die Lebensgrundlage für die Mehrzahl der Staatsbürger sei.

Und die Gewerkschaften? Sie sind, betont Rostiz, Berufsvereine zur Vertretung der Berufsinteressen der Arbeiterschaft. Heute, wo alles organisiert ist, sollte das eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn man auf die angeblich weit überspannten Ansprüche der Gewerkschaften verweise, dann müsse man demgegenüber die Frage aufwerfen, ob denn nie und nirgends bei den Berufs- und Interessenvertretungen anderer Volksteile jemals eine Ueberspannung irgend einer Forderung vorgekommen sei. Gleiches Maß müsse darum auch hierin für die Gewerkschaften gefordert werden. Vergessen dürfe man auch nicht die großen Verdienste der Gewerkschaften im Weltkrieg, im Ruhrkampf und jetzt während der Krise. Es sei gefährlich, wenn unter dem Einfluß von parteimäßig propagierten Schlagworten eine Massensuggestion auf weite bürgerliche Kreise ausgeübt werde, die diese verhindern, der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

„Gerade weil unser Bedrängnis so groß ist,“ betont Rostiz, „kann die ungeheure Last unserer Not nur vom ganzen Volk und nicht von einem Teil, geschweige denn von demjenigen getragen werden, der von alters her unter den bescheidensten Verhältnissen gelebt hat. Das ist eine unbestrittene Selbstverständlichkeit, die nur deshalb hervorhebung verdient, weil der Stand der Lebenshaltung der Arbeiterschaft oft als viel günstiger angesehen wird, als er zumal nach den jüngsten einschneidenden Senkungen der Löhne und Soziallasten ist, welche letztere nicht selten in phantastischer Unkenntnis überschätzt werden.“

Wird diese Mahnung und Warnung aus berufenem Mund beherzigt werden? Wir haben wenig Hoffnung. Haß macht blind.

Illustrationen zum heutigen Wirtschaftssystem.

Jeder Tag bringt uns genügend Beweise, daß das heutige Wirtschaftssystem seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann, daß es sich in Widersprüchen bewegt und sich selbst täglich schwere Wunden zufügt. Wir wollen zum Beweise nur einen kleinen Ausschnitt aus den Meldungen der letzten Tage bringen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht eine Rekorderte in Baumwolle in Aussicht. Auch die Ernten der Vorjahre sind schon sehr günstig gewesen, so daß noch erhebliche Vorräte an Baumwolle vorhanden sind. Diese Vorräte drücken auf den Weltmarktpreis, der z. B. für Baumwolle niedriger ist als in der Vorkriegszeit.

Das amtliche Farmamt in Washington (Federal Farm Board) hat nun den Gouverneuren der 14 baumwollproduzierenden Staaten telegraphisch anempfohlen, den Pflanzern nahezu legen, ein Drittel der bevorstehenden Baumwollenernte einfach zu vernichten. Als Gegenleistung verpflichtet sich der Farm Board, seinen Ueberfluß an Baumwollvorräten ein Jahr lang zurückzuhalten.

Der Farm Board erklärte in einem Telegramm: Wenn dieser Vorschlag voll durchgeführt wird, so bedeutet er eine Verminderung der gesamten Baumwollvorräte um mindestens 4 Millionen Ballen und eine Einschränkung der Belieferung des diesjährigen Marktes um weitere drei Millionen Ballen.

Ein tollereres Beispiel für die Widersinnigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat es noch nicht gegeben: Ein Drittel der Baumwollenernte der Vereinigten Staaten soll vernichtet werden, weil die Größe der Ernte auf der einen Seite und die Absatzschwierigkeiten auf der anderen Seite die Preise so gesenkt haben, daß nur eine Massenvernichtung des Produktes sie heben kann.

Hunderttausende von amerikanischen Baumwollfarmern gehen wirtschaftlich zugrunde, weil sie „zuviel“ produziert haben.

Hunderttausende von Baumwollspinnern sind arbeitslos, weil es für Baumwollwaren keine Käufer gibt.

Hunderttausende und Millionen von Menschen laufen schlecht bekleidet herum, weil sie nicht genügend Geld haben, um sich Stoff und Kleider aus Baumwolle zu kaufen.

Die Massen hungern nach Baumwollwaren — die Textilarbeiter hungern, weil sie keine Baumwollwaren herstellen können — die Farmer verhungern, weil sie zuviel Baumwolle haben: das ist die Situation des vollendeten Wahnsinns, in die sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung hineinbegeben hat.

Ein anderer bezeichnender Fall: In Kottbus war beabsichtigt, das Fernsprechnetz zu automatisieren, doch war hierfür in Anbetracht der knappen Geldmittel eine Frist bis zum Jahre 1938 gesetzt. Die Stadt wünschte wesentliche Beschleunigung, die Post sagte das auch zu, aber nur wenn die Stadt einen Kostenbeitrag von 100 RM. für jeden Fernsprechteilnehmer zahle, was eine Gesamtsumme von 225 000 Mark bedeutet. Ein entsprechender Vertrag wurde geschlossen. Infolge der Krise konnte die Stadt jedoch nicht zahlen. Darauf wurde sie von der Post verklagt. Nun versucht die Stadt, von jedem Fernsprechteilnehmer den Betrag von 100 Mark in Monatsraten von 5 Mark einzuziehen. Sie hat damit wenig Erfolg, zumal ihr kein Recht auf eine solche Zahlung zur Seite steht. Da ist nun die Stadt Kottbus auf den Ausweg verfallen, die Erteilung städtischer Lieferungen, Steuererleichterungen und sonstiger Begünstigungen von der Zahlung dieser Extrafernsprechnote abhängig zu machen!

Und die Mehrseite der Medaille? Durch die Automatisierung sind 25-30 Beamte und Angestellte überflüssig geworden. Die Stadt hat es sich also 225 000 Mark kosten lassen, um diese Menschenkräfte überflüssig zu machen. Fürwahr, eine glänzende Wirtschaftspolitik.

Aus der Tschechoslowakei kamen dieser Tage drei Waggons mit 30 000 Kilogramm frischer Gurken nach Wien. Während des Anrollens der Ware war der Einfuhrzoll von 3 auf 9 Groschen (1 Groschen gleich 0,6 Pf.) erhöht worden. Der Empfänger fürchtete, mit diesem Preisaufschlag die Ware nicht absetzen zu können. Er lehnte die Uebernahme ab, es war aber auch niemand bereit, die Rückbeförderung zu bezahlen. Das Angebot, die Gurken an Arbeitslose zu verschenken, lehnte die Zollbehörde ab. Sie bestimmte also, mangels eines Abnehmers, daß die Gurken durch Versenkung in die Donau zu vernichten seien. Das geschah — und stundenlang war die halbe Strombreite grün von den Erbsüßlingen. Nun ereignete sich freilich etwas, was die Zollbehörde nicht erwartet hatte: allerhand arme Leute, durch die tags vorher erfolgte Ankündigung einer Zeitung unterrichtet, versuchten mit Fischnetzen, Köben usw., die Gurken herauszufischen und zogen heilfroh mit ein paar Kilos davon ab. Der größte Teil irrtlich treibt die Donau hinunter.

Ungefähr zur gleichen Zeit haben eine Anzahl märtyrischer Gurkenzüchter, da sie die Früchte überhaupt nicht absetzen konnten, 7000 Doppelzentner Gurken zusammengepackt, mit Brennstoff übergossen und angezündet. Also eine „Valorisation“, wie sie Brazillen mit Kaffee, Nordamerika mit Mais, Weizen und Baumwolle uns längst vorgemacht haben.

Welch ein Wirtschaftssystem, das Millionen hungern läßt, dabei ungeheuren Ueberfluß produziert, ihn aber lieber vernichtet, als ihn den Bedürftigen zuzuwenden!

Auch den Nichtmarxisten drängt sich immer mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß das privatkapitalistische Wirtschaftssystem in seiner heutigen Form nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgabe, eine gerechte Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Welt herbeizuführen, zu erfüllen. Das Zusammenwirken der Völker muß auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden, nicht Interessenswirtschaft, sondern nur Allgemeinwirtschaft kann die Menschheit einer besseren Zeit entgegenführen.

Ernste Gefahren.

Durch den Blätterwald der Organe der Arbeitgeberverbände geht ein dumpfes Rauschen, das für den aufmerksamen Beobachter jedoch ernste Gefahren erkennen läßt. Die ernste Krise wird dazu bemüht, der breiten Öffentlichkeit klar zu machen, daß nur die soziale Gesetzgebung wie die Gewerkschaften durch ihre „einseitige“ Lohnpolitik die ganze Krise verursacht haben. In erster Linie wird das Steckenpferd von der unglückseligen Tarifpolitik geritten. Interessant ist es dabei, feststellen zu können, daß auch im Arbeitgeberlager zwei Strömungen vorhanden sind. Das Ziel der extremen Scharfmacher geht auf die Vernichtung der Gewerkschaften und Abschaffung jeglicher Sozialpolitik hinaus, während die gemäßigte Richtung mehr als Befürworter einer gemeinsamen Verständigung mit den Arbeitnehmerorganisationen anzusehen ist. Welche nun von beiden Richtungen die Oberhand gewinnen wird, ist schwer vorauszusagen, auf jeden Fall tun die Arbeitnehmer Flug, ihre Abwehrmaßnahmen so zu treffen, daß sie für alle Fälle gerüstet dastehen. Die augenblickliche Lage ist für die Arbeitnehmer überaus ernst, denn es darf keinen Augenblick übersehen werden, daß die Arbeitgeber nur allzusehr willige Helfer aus Regierungskreisen besitzen, während die Arbeitnehmer ihre Stütze lediglich in der Organisation haben. Leider ist ja die Uneinigkeit der Arbeitnehmer ein willkommenes Bundesgenosse der Arbeitgeber und die Gefahr, die uns in dieser Beziehung droht, wird vielfach in Arbeitnehmerkreisen unterschätzt. Was läge nun näher, als daß angesichts der katastrophalen Lage die Arbeitnehmer, ganz gleich welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung sie angehören, zusammentraten und eine Art Kampfgemeinschaft bildeten, um so in einer einigen geschlossenen Front mit Entschlossenheit alle Angriffe der Unternehmer und sonstiger Gebilde erfolgreich abzuwehren zu können. Ob christlich, ob freie oder Hirsch-Dunder organisierte Arbeitnehmer, sie leiden alle unter der Mißäre, in der wir jetzt leben, die Arbeitgeber fragen heute den Teufel nach, wo ihre Arbeitnehmer organisiert sind, ihre Lieblinge werden stets diejenigen sein, die nach ihrer Pfeife tanzen.

Die jahrelange Gemeinschaftsarbeit der Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen, sollte uns eigentlich die Gewähr bieten, daß auch in der Kampfgemeinschaft die religiösen Gefühle oder die politische Haltung der einzelnen nicht verletzt werden. Wir müssen uns daran erinnern, daß die jahrzehntelange Kulturarbeit sämtlicher Gewerkschaften nicht fruchtlos an den Massen vorübergegangen ist. Nicht umsonst sind Millionen von Mark seitens der Gewerkschaften für die Bildungsarbeit verausgabt worden. Können wir doch heute mit Stolz feststellen, daß nicht nur ausschließlich der Akademiker, sondern auch der Mann der Arbeit, der schwierigen Faust durch intensives Selbststudium sich die Frühzeiten angeeignet hat, wichtige Regierungsstellen zu bekleiden. Diese Leute haben durch ihr Selbststudium dem Staat keine Kosten verursacht, wie unsere Studenten, die dem Staat 1000 M. jährlich pro Kopf kosten. Das ist es gerade, was den Unwillen gewisser Kreise hervorgerufen hat, daß sie anerkennen müssen, daß die Gewerkschaften es nicht nur verstanden haben, eine gesunde

Lohnpolitik zu treiben, sondern auch in der Lage sind, durch tiefgehende intensive Laufbahnarbeit Männer zu erziehen, die auch ein weitgehendes Verständnis für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft besitzen.

Es erscheint notwendig, angesichts der großen Gefahren, in denen wir zur Zeit stehen, hinzuweisen und nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch unseren arbeitenden Kollegen vor Augen zu führen, welche Pionierarbeit in den Jahrzehnten die Arbeitnehmerorganisationen geleistet haben. Dieser Hinweis ist umso notwendiger, wenn wir mit Bedauern wahrnehmen müssen, wie besonders unsere Jugend in dieser Zeit der Wirrnisse an diesen Dingen achtlos vorbeigeht. Diese jungen Menschen können sich nur schwer vorstellen, welche Drangsale ihre Väter und Großväter im Kampfe um die Freiheit haben erdulden müssen. Heute wird das Buch der Organisation offen zur Schau getragen, ja es gibt Betriebe, wo jeder organisiert sein muß. Damals hat so mancher alte Kämpfer lieber Not und Entbehrung auf sich genommen, ehe er seine Organisation verleugnete.

Soll diese Arbeit nun alle umsonst gewesen sein, oder sind die Arbeitnehmer kampfmüde geworden? Welches dürfte nicht der Fall sein, eine augenblickliche Verblendung, hervorgerufen durch einseitige politische Verheißung trübt den Blick, läßt die Gefahren nicht genügend erkennen, in der wir leben, sie sind teilweise nicht mehr die scharfen Beobachter, die für einen erfolgreichen gewerkschaftlichen Abwehrkampf unbedingt gebraucht werden. Deshalb ist es doppelte Pflicht der verantwortlichen Führer auf die uns drohenden Gefahren ständig aufmerksam zu machen.

Wir haben bei der ersten Lohnabbauwelle wahrnehmen können, wie man auf Grund des Programms der Arbeitgeberverbände und unter Mithilfe der Regierung ein Gewerbe nach dem andern vorgenommen und einen Lohnabbau vollzogen hat. Wir haben, gestützt auf die Macht der Organisationen noch manchen Anschlag verhindert, wir haben auf Grund der großen Arbeitslosigkeit es doch nicht verhindern können, daß zunächst die Effektivverdienste und dann die Tariflöhne abgebaut wurden. Hierbei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der von der Regierung zum Ausgleich des Lohnabbaues versprochene Preisabbau nicht erfolgt ist.

Durch diesen Erfolg ermutigt, ist die Forderung der Arbeitgeber auf weiteren Lohnabbau nicht verstummt, ja, selbst der deutsche Städtetag besitzt die Unverschämtheit, dieselbe Forderung zu erheben. Aber eine noch weit größere Gefahr ist anscheinend im Anzuge. Man redet und schreibt jetzt dauernd von dem angeblichen Uebel der Zwangsstarke und der Unabhängigkeit der Tarifverträge, wenn auch in letzter Beziehung in etwas vorsichtiger Form. So heißt es in einem besonderen Auftruf des Zweigverbandes der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster:

„Der Versuch, die natürlichen Wirtschaftsfunktionen durch staatliche Zwangsmaßnahmen einzuengen, hat zu einem völligen Fiasko geführt. Das System hat versagt und bedarf der Abstellung, um die Selbsthilfe zu ermöglichen. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft muß durch die Senkung der Herstellungskosten wiederhergestellt werden. Da Steuern, soziale Abgaben und Zinsen schwerer denn je auf der Gütererzeugung lasten, muß der Arbeitskostenanteil an der Gütererzeugung sowohl nach der Seite der Lohnhöhe als der Arbeitszeit beweglicher gestaltet, das heißt, aus der politischen Bindung herausgenommen werden. Nie ist ein größerer Arbeitsmangel im deutschen Volke gewesen, wie gegenwärtig. Die breitesten Schichten des deutschen Volkes sind bereit, durch gesteigerte Leistung der Not der Zeit zu Leibe zu gehen.“

Diese Wünsche haben wir ja nicht zum erstenmal vernommen, es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Scharfmacher im Arbeitgeberlager eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nur in einer übermäßig langen Arbeitszeit und besonders niedrigen Löhne erblicken. Das ganze Lebensniveau soll eben auf die denkbar tiefste Kulturstufe herabgedrückt werden. Deshalb kämpfen sie ja so schwer gegen Zwangsstarke, gegen die Allgemeinverbindlichkeit und die Abdingbarkeit der Tarifverträge an. Das Ideal dieser Scharfmacher ist ja einseitige Festlegung der Arbeitszeit und Löhne, jedes Mitbestimmungsrecht muß nach Meinung dieser „Wirtschaftsführer“ ausgeschlossen sein.

Die Gefahr ist größer, wie sie teils von den Kollegen und selbstführenden Kreisen angesehen wird. Es darf die politische Unsicherheit bei diesen Betrachtungen keineswegs aus dem Auge gelassen werden, deshalb heißt es, wachsam sein, frühzeitig die Gefahren erkennen, rechtzeitig die Reihen zu schließen. Ein sicherer Erfolg in diesem Abwehrkampf, der uns unseres Erachtens noch in seiner ganzen Schwere bevorsteht, kann nur durch eine einige geschlossene, auf Mut und Entschlossenheit aufgebaute Kampfgemeinschaft erzielt werden. Die Not der Zeit muß alle Kleinliche Schranken zerbrechen.

Selbsthilfe.

Das Dunkel der letzten Wochen und Monate fängt sich nach und nach zu lichten, der 9. August hat den Beweis erbracht, daß die übergroße Mehrzahl des preussischen Volkes es abgelehnt, sich vor den Wagen politischer Charlatane zu spannen, die Vernunft hat gesiegt. Trotzdem liegt keine Ursache zum Freudenausbruch vor, wir müssen vielmehr aus diesem verantwortungslosen Treiben

der links- und rechtsradikalen Kreise unsere Lehren ziehen. Dies gilt in erster Linie für die Regierung, aber auch für die Arbeitnehmer. Die Frage ist berechtigt, wie lange eine Regierung solchem gewissenlosen Treiben dieser verbrecherischen Elemente untätig zuschauen will. Greift jetzt die Regierung nicht ernst zu, dann darf man sich nicht wundern, wenn gewissen Kreisen immer mehr der Rammwägel.

Wir haben in diesen Tagen den Tag gefeiert, an dem vor 12 Jahren dem deutschen Volke eine freiheitliche Verfassung gegeben wurde. Es kann aber nie im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben, die Freiheit in Unfreiheit umzuwandeln, wie es von gewissen Kreisen angestrebt wird. Durch die Verfassung ist dem deutschen Volke auch die demokratische Waffe des Volksentscheids gewährt worden, das bedeutet, daß diese Waffe nur im äußersten Falle zur Anwendung kommen darf, das geht ja aus den ganzen Bestimmungen mit aller Deutlichkeit hervor. Solch Volksentscheid ist mit hohen Unkosten verknüpft, er kostet dem Staat verschiedene Millionen Mark, die von den Steuerzahlern wieder aufgebracht werden müssen. Nun läßt man sich das noch gefallen, wenn die dringende Notwendigkeit eines Volksentscheids tatsächlich gegeben ist. Wenn aber in solch gewissenloser Weise eine Bewegung eingeleitet wird, wie dieser letzte Volksentscheid, dann muß doch ernstlich erwogen werden, ob die daran Beteiligten nicht rückhaltlos zur Ausbringung der Kosten herangezogen werden müßten, damit diesen Leuten die Lust zum Scherzen verging. Dies könnte sehr schnell auf dem Wege der Notverordnung geschehen. Hier könnte die Regierung zeigen, daß sie nicht gewillt ist, mit sich spaßen zu lassen. Aber auch ein anderer Zweck würde damit erreicht werden, das ist die Stellungnahme eines nicht unerheblichen Teils der Staatsbeamten, besonders der mittleren und höheren. Wer aufmerksam die Bewegung verfolgt hat, der konnte leicht feststellen, daß auch an diesem Volksentscheid, der sich doch in erster Linie gegen die Regierung richtete ein nicht unerheblicher Prozentsatz von Beamten nicht nur daran beteiligt, sondern besonders agitatorisch tätig war. Die Beamten sind Angestellte des Staates, haben demnach dessen Anweisungen zu folgen. Kein Staat, kein Privatunternehmen wird es dulden, daß sein Ansehen von seinen Angestellten untergraben wird. Es liegt uns völlig fern, irgend einem Beamten seine persönliche oder politische Freiheit zu beschränken, wie das aber jetzt getrieben, wie die Freiheit mißbraucht wird, geht entschieden zu weit, hier muß zur notwendigen Selbsthilfe, zur Reinigung geschritten werden, ehe es zu spät ist.

Aber auch die Arbeitnehmer sollten aus diesem Volksentscheid ihre besonderen Lehren ziehen. Der 9. August 1931 wird in der Geschichte der deutschen Arbeiter ein nie wegzulöschender dunkler Fleck bedeuten, die Kommunisten haben mit den Kapitalisten an dem Tage engste Brüderschaft gefeiert. Auch die Behauptung, daß es sich um einen roten Volksentscheid handelt, wird die Schmach nicht wegwaschen. So etwas ist wohl noch nie dagewesen, täglich Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten und am Tage des Volksentscheids engste Verbünderschaft zwischen den angeblich feindlichen Brüdern, Arm in Arm versuchten sie gemeinsam ihre geistigen Produkte umzuwerfen und so etwas nennt sich „Arbeitervertreter“, ob diesen Leuten bei ihrem Vorgehen nicht die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist? Das eine erfreuliche an der Tatsache ist, daß sich die organisierte Arbeitnehmerschaft mit Ekel von diesem Treiben abgewandt hat, zeigt auch diesen Wölfen im Schafskleid bei anderen Gelegenheiten, wessen Geisteskind sie sind, halten denselben ihr verantwortliches Treiben ständig vor Augen, das ist Selbsthilfe im wahren Sinne des Wortes.

In dieser Zeit der Notverordnungen und der Selbsthilfe wird sehr viel von nationaler Selbsthilfe gesprochen und geschrieben, das Wort ist mehr in den Vordergrund getreten, als ausländische Hilfe in Form von Anleihen zur Zeit schwer zu erreichen sind. Das zwingt zur Selbsteinkehr, zur Selbsthilfe. Immer wieder muß hervorgerufen werden, daß sich das ganze deutsche Volk seit 1919 einer Selbsttäufung hingegeben hat, es hat in der Vorstellung eines Wohlstandes gelebt, der gar nicht vorhanden war. Deutschland gleich einem Menschen, der jahrelang sein Einkommen durch Dumpf ausländischen Geldes künstlich erhöht hat und nun plötzlich großen Rückforderungen von Darlehen gegenübersteht und dadurch in Bedrängnis gerät. Der Gedanke, durch Aufnahme neuer Anleihen den erfolgten Kapitalentzug wettzumachen, liegt nahe, aber er ist völlig undurchführbar. Die Ursachen sind in erster Linie in Frankreich zu suchen, auch spielt Amerika und England dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Doch abgesehen von allen diesen Ursachen, auf die wir nicht näher eingehen wollen, sollte man in Deutschland tatsächlich zeigen, daß man ernstlich bemüht ist, alle nicht dringend notwendigen Ausgaben zu vermeiden. Allein am Verwaltungsapparat ließen sich Millionen ersparen. Fangen wir bei den Parlamenten an, müssen wir unbedingt diese hohe Zahl von Abgeordneten haben, ist es notwendig, daß dieselben solche hohen Diäten beziehen? Jedem Abgeordneten sollen seine diesbezüglichen Aufwendungen entschädigt werden, dazu bedarf es aber nicht der Summen, die jetzt gezahlt werden. Desgleichen könnten an den Ministergehältern wesentliche Abstriche gemacht werden. In ganz besonders hohem Ausmaße müßte dies bei den Pensionen geschehen. Hat dann der Soldat, der seine Arme, Beine oder das Augenlicht

verloren hat, weniger für das Vaterland getan, als der Offizier oder General, der in vielen Fällen kaum eine Pension gesehen hat und trotzdem die hohe Pension bezieht. Hier kann eine nette Summe erspart werden. Wesentliche Ersparnisse liegen sich am Reichswehretat vollziehen. Dasselbe trifft auf die Gehälter und die damit verbundenen Pensionen der hohen Beamten zu. Der Reichssetat ließe sich schon ausgleichen, wenn nur dort richtig zugegriffen würde werden, wo es wirklich not tut.

Was für das Reich und Staaten zutrifft, ist in noch weiterem Maßstabe auf die Kommunen zu übertragen. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat mit Recht auf die teilweise nicht haltbare Wirtschaft hingewiesen, er ist dieserhalb von gewisser Seite scharf angegriffen worden. Wir begrüßen seine Ausführungen, haben aber ebenso den dringenden Wunsch, daß er im Reiche Wandel schafft. Sehen wir uns die Gehälter der Oberbürgermeister an, dann fragt man sich vergeblich, wie kommen die Gemeinden dazu, angesichts der anerkannten Not, solche Gehälter zu zahlen. Ein kleiner Zug der Gesundung macht sich in dieser Beziehung erfreulich bemerkbar. So fordert die preussische Staatsregierung von den Gemeinden den Abbau der Oberbürgermeistergehälter. Jetzt hat die Stadt Gdrlitz das Gehalt des neu zu wählenden Stadtoberhauptes auf 22 000 Mark im Jahre festgesetzt. Das Staatsministerium hat nun einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es hat einfach die Bestätigung der Wahl des auf Grund dieses Gehaltsfestsetzungs nach Gdrlitz benannten Stadtkammerers Tuhner aus Stettin verweigert und zugleich, wie der „demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, die Stadt Gdrlitz wissen lassen, daß ein Gehalt 12 000 bis 16 000 RM. für das Oberhaupt einer Stadt von einigen 80 000 Einwohnern durchaus hinreichend sei. Solange über die Höhe des Gehalts keine Einigung erzielt ist, droht das Staatsministerium, die Bestätigung der Wahl zu verweigern.

Nach Zeitungsmeldungen hat auch der Oberbürgermeister von Wuppertal-Eberfeld freiwillig auf 25 Prozent seines Gehalts verzichtet.

Das ist immerhin ein Anfang, und wo bleibt die Reichshauptstadt, wo bleibt der volksparteiliche frühere zweite Bürgermeister Dr. Scholz, der sich zwar geweigert hat, der Stadt Berlin noch fernherhin Dienste zu leisten, es aber mit seinem Gewissen anscheinend vereinbaren kann, pro Jahr 33 000 RM. bis zum Jahre 1935 zu beziehen, um sich dann mit der Pension von 80 Prozent dieses Gehalts zu begnügen. Kann hier das Staatsministerium nicht auch etwas nachhelfen? Dasselbe gilt für die Verkehrs-Gesellschaft, das angebliche Sorgenkind der Stadt Berlin. Hier sollen abermals die Fahrpreise erhöht werden, man geht aber nicht dazu über, die Gehälter der Direktoren auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen. Wäre hier ein Gehalt von 12 000 RM. jährlich nicht schon reichlich, müssen es denn durchaus 48 000 RM. und mehr sein, vorher waren es 72 000 und über 100 000 RM. Man hat Personal abgebaut, die Fahrgäste wie Heringe in die Wagen eingepöckelt, aber an den Direktorengehältern darf nicht gerüttelt werden, hier wäre noch viel Arbeit für das preussische Staatsministerium.

Was für die Kommunen gilt, das trifft in demselben Ausmaße für die Privatindustrie zu. Die Gehälter der Direktoren in den Banken und Großindustrien sind einfach untragbar. Ebenso müssen die Krankenkassen einer gründlichen Durchleuchtung unterzogen werden, auch dort ist manches faul im Staate Dänemark.

So lassen sich viele Dinge aufzählen, an denen wesentliche Ersparnisse erzielt werden könnten. Die Arbeitnehmer haben auch in dieser Zeit der schwersten Krise den Beweis erbracht, daß sie sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt sind, sie haben aber auch das Recht zu fordern, daß endlich damit Schluß gemacht wird, die Lasten lediglich auf die schwachen Schultern abzuwälzen. Es erweckt den Anschein, als ob uns eine neue Belastung bevorsteht. Der deutsche Städtetag hat ein „Sanierungsprogramm“ aufgestellt. Aus demselben geht hervor, daß trotz aller Ersparnis- und Abbaumaßnahmen im laufenden Rechnungsjahr mit einem Defizit von 800 Millionen RM. zu rechnen ist. Das Defizit ist offenbar aus dem Anschwellen der Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen entstanden, die für das laufende Rechnungsjahr auf mehr als eine Milliarde geschätzt werden. Wir verkennen die außerordentliche hohe Belastung der Kommunen durch die Wohlfahrtserwerbslosen keineswegs, müssen jedoch mit allem Nachdruck auf die hohe Belastung durch die Verwaltungskosten hinweisen. Mit aller Entschiedenheit muß dagegen Front gemacht werden, man muß es geradezu als eine Unverträglichkeit bezeichnen, wenn der deutsche Städtetag eine weitere Belastung der breiten Massen durch Erhebung einer neuen Kräftesteuer und einen weiteren Abbau der Löhne und Gehälter fordert. Der „sinkende Boot“ vom deutschen Städtetag hat offenbar die Zeit verstreifen lassen, wenn er den Lohn- und Gehaltsabbau mit einer Preislenkung verknüpfen will, er hat offenbar ganz übersehen, daß der Reichsarbeitsminister mit diesem Programm bereits glänzend Schiffbruch gelitten hat, auf jeden Fall wird die organisierte Arbeitnehmerschaft dem Programm des deutschen Städtetages den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Wenn nicht alle Einzelnen trügen, wird der deutschen Arbeitnehmerschaft noch manche unliebbare Überraschung bevorstehen. Daneben sind Kräfte am Werke, den Le-

bensstand des deutschen Volkes noch weiter herabzubilden, dies kann nur durch entschlossene Selbsthilfe der organisierten Arbeitnehmer verhindert werden. Nichts ist in dem gegebenen Augenblick verwerflicher, als in der Stunde der Gefahr die Flucht aus der Organisation zu ergreifen. Die deutschen Gewerkschaften haben ständig in ihrem Programm die Selbsthilfe vertreten, sie haben gezeigt, daß nur auf dem Boden der organisierten Selbsthilfe es möglich ist, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu heben, dieses Ziel muß auch weiter verfolgt werden.

Liebesgaben.

In dieser Zeit höchster Not muß es allgemein be fremden, daß man in Regierungskreisen anscheinend den Plan erwägt, den Großagrariern wiederum erneute Liebesgaben zukommen zu lassen, denn nur so ist der Sinn der Rede, die der Reichsernährungsminister Schiele am Montag, dem 10. August im Rundfunk hielt, zu verstehen. In frischer Erinnerung ist noch die Roggenstützungsdieses Ministers, die dem Reich weit über 60 Millionen Mark kostete, ohne daß eine Brotpreisverbilligung eintrat. Durch Errichtung von ungeheuren Zollmauern und durch die kostspielige Roggenstützung war es Herrn Schiele gelungen, den Uberschuß an Roggen von Brotgetreidemark zu entfernen und die deutschen Getreidepreise trotz einer sehr guten Ernte auf das 2 1/2 fache bis 3 fache der Weltmarktpreise zu treiben. Ebenso bekannt ist, daß vor Schluß des Erntejahres anstatt des Roggenüberschusses eine Roggenknappheit einsetzte, so daß wir gezwungen waren, vom Ausland Roggen zu kaufen.

Die Einschränkung des Roggenbaues in diesem Jahre schien eine Wiederholung der Getreidestützungsdieses Ministers nicht notwendig zu machen. Es erweckt jedoch den Anschein, als ob das Reichsernährungsministerium keine andere Sorge kennt, als den Großagrariern immer neue Liebesgaben zuzuführen. Da die Geldknappheit größere Käufe der Händler und Mühlen erschwert, und dadurch die Preise für Getreide nicht unbeträchtlich sanken, trat Herr Schiele sofort wieder auf den Plan, um zu verhindern, daß jetzt nach der Ernte die Getreidepreise sich auf ein vernünftiges, den allgemeinen Verhältnissen entsprechendes Preisniveau einstellen. So verkündete Herr Schiele seinen Berufskollegen im Rundfunk, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Getreidepreise wieder auf ihren alten, übermäßig hohen Stand zu bringen.

Besonders bemerkenswert war die Mitteilung, daß das Reich aus eigenen Mitteln den Zinsfuß sowohl für die Erntebewegungskredite als auch für die Durchführung der Lombardierung notwendigen Kredite auf 4 Prozent ver billigen will, solange der Reichsbankdiskontsatz 10 Prozent beträgt. Sinkt später der Diskontsatz unter 10 Prozent, so soll diese 6prozentige Verbilligung des Zinsesz entsprechend eingeschränkt werden. Hiermit wird den Agrariern wiederum ein Millionengeschenk dargebracht, das sich wirtschaftlich außerordentlich verhängnisvoll auswirken kann, weil mit Hilfe dieses für die jetzige Zeit sehr geringen Zinsfußes von 4 Prozent den Landwirten die Möglichkeit geben wird, ihr Getreide unentwertet zurückzuhalten und damit einen Anlaß zu scharfer Preissteigerung zu geben. Auf diese Pläne hin sind bereits die Getreidepreise in den letzten Tagen um 20 RM. je Tonne gestiegen. Da die Höhe des zukünftigen gesamten deutschen Preisniveaus aber noch gar nicht abzusehen ist, muß dieser den Landwirten gegebene Anreiz, die Getreidepreise durch Zurückhaltung der Vorräte in die Höhe schnellen zu lassen, als wirtschaftspolitisch absolut verfehlt betrachtet werden. Dazu kommt, daß die wieder vom Staat zu tragenden Kosten dieser neuen Subvention sehr beträchtlich sind. Allein für Roggen und Weizen dürften sie ungefähr 40 bis 50 Millionen betragen. Eine große Ersparnis gegenüber der Roggenstützungsdieses Ministers ist also kaum zu erwarten.

Nicht genug damit soll aber auch noch im August und September der Export von Roggen und Weizen durch das Reich unterstützt werden. Jeder Roggen- und Weizenexporteur soll einen Ausfuhrschein erhalten, der ihn ermächtigt, eine der Ausfuhr entsprechende Menge Getreide zu dem ermäßigten Zollsatz von 2 RM. je Doppelzentner Weizen und 1 RM. je Doppelzentner Roggen wieder einzuführen. Der Roggen soll aber erst nach dem 1. Januar wieder eingeführt werden, um zu verhindern, daß in der ersten Hälfte des Erntejahres durch die Wiedereinfuhr der Preis gedrückt wird. Dagegen dürfen 40 Prozent der exportierten Weizenmenge schon vor dem 1. Januar wieder eingeführt werden. Beim Weizen kann hierdurch ein Anreiz geboten werden, deutsche Ware gegen hochwertigen ausländischen Weizen einzutauschen. Roggen wird aber kaum exportiert werden, weil der Exporteur den gesamten Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den inländischen Preisen vorschießen muß. Infolge der Kapitalknappheit und des Risikos wird sich aber keine private Firma an einem solchen Geschäft beteiligen, so daß kaum Roggen ausgeführt werden wird, wenn nicht Reichsgelder für dieses Exportdumping zur Verfügung gestellt werden.

Hiergegen kann nicht scharf genug Stellung genommen werden, da eine Verschleuderung deutschen Getreides im Ausland in jeder Hinsicht zu verurteilen ist. Auch muß

erwartet werden, daß die Weltmarktpreise durch die deutschen Exporte stark sinken werden und somit das deutsche Preisniveau in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die Erfahrung mit den Ausfuhrscheinen im Jahre 1930 und vorher sollte eigentlich auch Herrn Schiele gelehrt haben, daß eine Wiederholung des Getreideexportes wirtschaftspolitisch bedenklich für das Reich ist, weil die Landwirtschaft ohne Nutzen und nur dem Getreidehandel gewinnbringend ist. Man muß daher sehr dringend warnen, daß irgendwelche Summen bereitgestellt werden, um die ausgegebenen Ausfuhrscheine zu bevorzugen. Ebenfalls wäre es unverantwortlich, daß jetzt der getreidebauenden Landwirtschaft eine Zinssubvention erteilt wird, damit sie ihre Vorräte zurückhalten kann und damit eine Preissteigerung bewirkt, welche die gesamte Verbraucherenschaft von neuem ungeheuerlich belastet. Die Bereitstellung von Erntekrediten genügt wahrhaftig, um der Landwirtschaft eine ruhige Abwicklung ihrer Ernteverkäufe zu ermöglichen. Es ist nicht notwendig, daß die Steuerzahler noch besondere Mittel zur Zinsverbilligung für diese Kredite aufbringen neben der Belastung, die sie ohnehin durch die enormen Schutzzölle im Interesse der Landwirtschaft tragen.

Lohnbewegungen.

Für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe ist folgender Schiedsspruch gefällt worden:

1. Das vereinbarte Lohnabkommen bleibt über den 31. Juli 1931 bis zum 31. August 1931 unverändert in Geltung.

2. Diese Regelung gilt auch ab 1. August 1931 für den rheinisch-westfälischen Baugewerksbund in Essen.

3. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 10. August 1931.

Der Arbeitgeberverband für das linke Rheingebiet hatte das Lohnabkommen zum Landestarifvertrag für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet zum 31. Juli gekündigt. Die Vertragsparteien haben das Lohnabkommen bis zum 31. August 1931 verlängert.

Für das württembergische Vertragsgebiet hat der Schlichtungsausschuß zu Stuttgart einen Schiedsspruch gefällt, wonach hinsichtlich des Mantelvertrages das alte Vertragsrecht einschließlich der Lehrlingsbestimmungen mit kleinen Änderungen wieder in Kraft gesetzt ist und zwar bis 15. 2. 1932. Die Spitzenlöhne sollen um 6 Pfg. mit Wirkung ab 6. August 1931 gesenkt werden. Das Lohnabkommen ist erstmals Ende September d. J. kündbar.

Beide Schiedssprüche sind für verbindlich erklärt worden.

Für den Landesbezirk Bayern ist das Lohnabkommen gekündigt worden.

Die Differenzen in der bayerischen Sägewerksindustrie sind dem dortigen Landesschllichter übertragen worden.

Die Firma Deßler & Sohn in Ansbach hat das Lohnabkommen ebenfalls gekündigt.

**Sprechmaschinen-Laufwerke
Schalldosen, Metalltonführungen usw.**
zum Einbauen, verl. Sie Preisliste und Einbauanweisung.
M. Bopp, Hanau a. Main, Huttenstraße 3.

**Wöchentliche Beitragszahlung ist dringende
Pflicht eines jeden Mitgliedes.**

Für die Woche vom 15.—21. Aug. ist die 33. Woche fällig
Für die Woche vom 22.—28. Aug. ist die 34. Woche fällig
Für die Woche vom 29. Aug.—4. Sept. ist die 35. Woche fällig.

Nachruf.

Am 8. d. Mts. starb plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied

Gottlieb Jakob

im noch nicht vollendeten 58. Lebensjahre.

Sanft ruhe seine Asche.

**Ortsverein der Holzarbeiter
Hamburg.**

**? Ist Dein Arbeitskollege ?
organisiert**

Gib ihm die Zeitung, kläre ihn auf und erziehe ihn zu einem Mitkämpfer in unserem
Gewerkverein der Holzarbeiter.